

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Katja Kipping, Kornelia Möller
und der Fraktion DIE LINKE.**

Angleichung des Arbeitslosengeldes II in den neuen Ländern an das Niveau in den alten Ländern rückwirkend zum 1. Januar 2005

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Angleichung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) in den neuen Ländern an
das Niveau in den alten Ländern erfolgt rückwirkend zum 1. Januar 2005.

Berlin, den 30. November 2005

**Dr. Gesine Löttsch
Katja Kipping
Kornelia Möller
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

Begründung

Bereits vor der Bundestagswahl hat die damalige Bundesregierung die Angleichung des ALG II in den neuen Ländern an das Niveau in den alten Ländern beschlossen.

Die Ankündigung der Bundesregierung, das ALG II in Ostdeutschland nicht vor dem 1. Mai 2006, aber keinesfalls nach dem 1. Juli 2006 an das Westniveau anzugleichen, ist nicht nachvollziehbar. Wenn sich alle Seiten einig sind, ist eine schnelle Umsetzung dieses Beschlusses zum 1. Januar 2006 möglich. Die Bundesregierung darf in dieser Frage nicht Dienst nach Vorschrift machen. Eine rückwirkende Auszahlung zum 1. Januar 2005 ist im Interesse der betroffenen Menschen dringend nötig.

Die Angleichung des ALG II kann jedoch nur ein erster Schritt sein. In einem zweiten Schritt muss das ALG II für alle auf 420 Euro angehoben werden und mittelfristig in eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Individualanspruch umgewandelt werden. Diese Forderung wird auch von den Sozialverbänden in Deutschland gestellt.

